

Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften
Speyer

ZUKUNFT VERHANDELN: WIEVIEL STADT, QUARTIER & GELD BLEIBT FÜR UNS?

PROF. DR. GISELA FÄRBER



Keynote zur Tagung im Rahmen der Tagung der
LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit BW 2025

am 14.11.2025 in Stuttgart

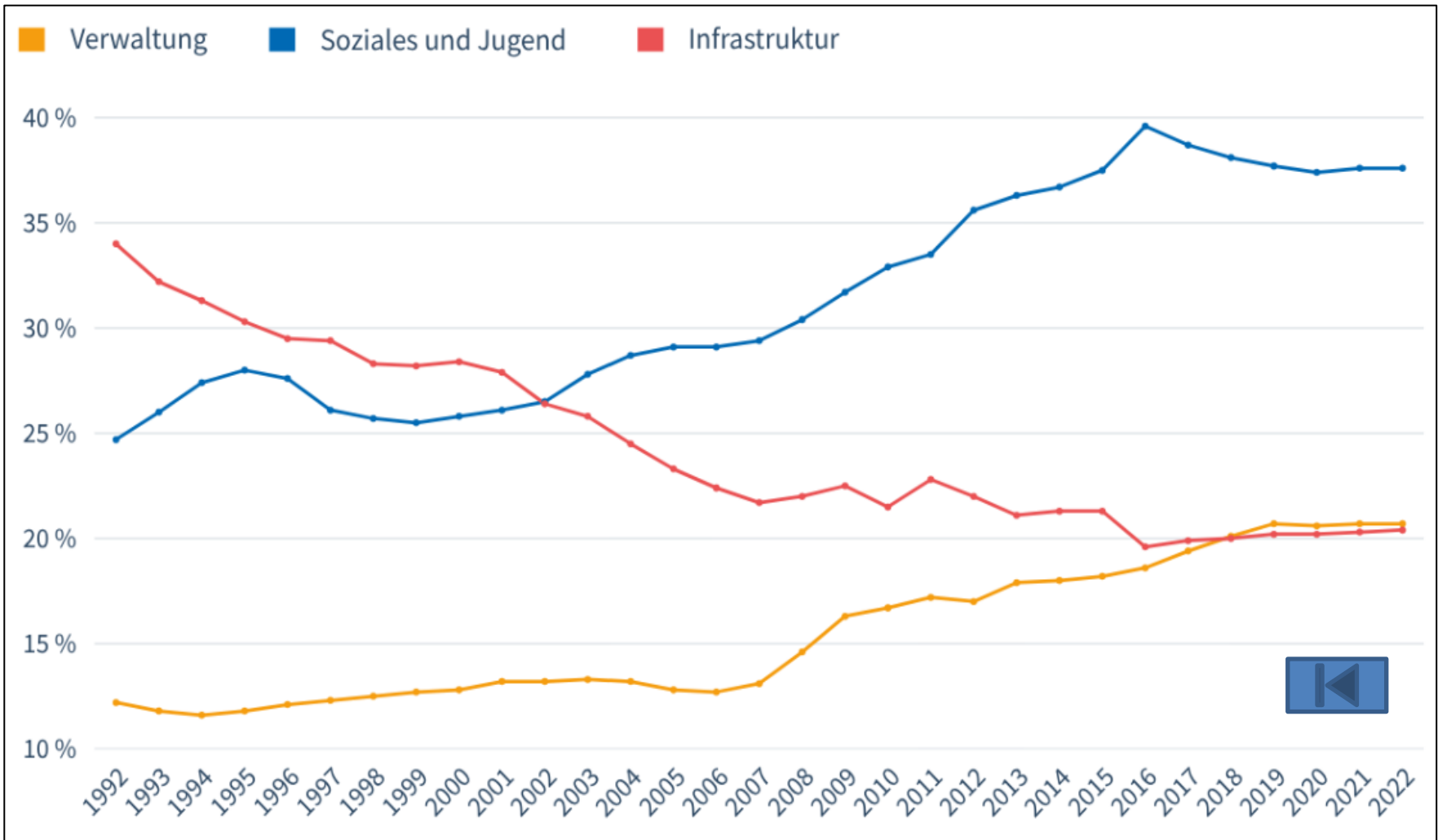
Stadt- und Quartiersentwicklung als gesellschaftspolitische Aufgabe der Kommunen

- Kommunen gestalten zusammen mit Bürger*innen und lokaler Wirtschaft die Lebensbedingungen in den einzelnen Stadtteilen
- gemeinsame Verantwortung!!! Und: bürgerschaftliches Engagement braucht nicht nur kommunale Infrastruktur und Schutz vor unsinniger Bürokratie, sondern auch Unterstützung bei der Übernahme von Aufgaben
- häufig große Diskrepanzen je nach wirtschaftlicher und sozialer Lage der Stadtteile
- Probleme der Segregation auch angesichts der Zuwanderung in die Agglomerationen
- Seit einiger Zeit nicht nur ein sozial- und finanzpolitisches Problem, sondern auch ein Problem der Demokratie:
 - ➔ *Vor allem Stadtteile im strukturellen Niedergang verzeichnen im Wahlverhalten hohen Zulauf zu extremen Parteien*
- Frage: Wieviel ist davon auf die Schließung von Geschäften, Bankfilialen, Gastronomie und den Verfall der Kommunalen Infrastruktur zurückzuführen?

Kommunalfinanzen: chronische Unterfinanzierung durch bundesrechtliche Überlastung

- In vielen Städten verfällt die kommunale Infrastruktur seit vielen Jahren wegen substantieller Unterfinanzierung der Kommunen
- Extrem wachsende Ausgaben für bundesrechtlich vorgegebene Vollzugsaufgaben im Sozialbereich (Kitas, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, demnächst Ganztagsbetreuung, ...)
- Komplexer werdender Vollzug von Bundesrecht verursacht Mehraufwand vor allem im Personalbereich 
- Länder umgehen Konnexitätsverpflichtung oft durch Nichtumsetzung von Bundesrecht
- Verkorkste Digitalisierungsstrategie von Bund und Ländern verursacht Mehrkosten statt Einsparungen und verhindert Personaleinsparungen
- Finanzierung der Kommunen aus eigenen Steuern und Steuerverbund mit ihren Ländern ist unzureichend und wächst nicht wie der Aufwand für Pflichtaufgaben
- Haushaltslücken werden zulasten der sog. „freiwilligen“ Aufgaben geschlossen: Investitionen, Stadtentwicklung, Projekte zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements 

Entwicklung der Anteil kommunaler Ausgaben 1992 - 2022



Wege aus der Krise: Veranlassungskonnexität und wirtschaftliche Verantwortung

- Wechsel der Pflicht zur Finanzierung der Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden von der Vollzugskompetenz zur Gesetzgebungskompetenz (Art. 104a GG):

➔ **„Wer bestellt, bezahlt die Musik!“**

- Neue Instrumente zum Erhalt des lokalen Gewerbes
 - Gewerbemieten sind tendenziell zu hoch, „runde Tische“ in den Stadtteilen, Verantwortung auch der Wohnungsvermieter
 - Überprüfung der kommunalen Stadtteilsinfrastruktur
 - ggf. Verpackungsabgabe für Lieferdienste
 - Konzentration der Finanzmittel auf Problemgebiete
 - Unterstützung von bürgerschaftlichen Initiativen, die z.B. Einzelhandel und Gastronomie im Ehrenamt übernehmen
- Bürokratieabbau und Vermeidung neuer unnötiger Bürokratie
- Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements: kommunale Beteiligungsformate vor Ort, vor allem mit benachteiligte Gruppen